

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

22.05.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Ermittlungen nach Verunreinigung im Industriehafen Lubmin</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 21.05.2023</i> .....	3
2   <b>„Das kostet uns neun Milliarden Euro“</b> <i>Berliner Zeitung, 19.05.2023</i> .....	4
3   <b>Berlin schreibt Mukran ins LNG-Gesetz: MV will dafür eine Wasserstoff-Fabrik</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 19.05.2023</i> .....	7
4   <b>Von Rügen zur Paulskirche</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 20.05.2023</i> .....	8
5   <b>PR-Meeting belastet Schwesig</b> <i>DER SPIEGEL, 20.05.2023</i> .....	9
6   <b>Märchenstunde in Schwerin</b> <i>WELT AM SONNTAG Frühausgabe Samstag, 20.05.2023</i> .....	10

 Ostsee-Zeitung.de | 21.05.2023 dpa WEBLINK

## WASSERSCHUTZPOLIZEI IM EINSATZ

# Ermittlungen nach Verunreinigung im Industriehafen Lubmin

*Im Industriehafen von Lubmin wurde am Sonnabend eine Gewässerverunreinigung festgestellt. Ein Lotse hatte eine ca. 100 Meter lange, vermutlich ölhaltige Flüssigkeit auf der Wasseroberfläche festgestellt.*

**Lubmin.** Nach einer Verunreinigung des Wassers im Industriehafen von Lubmin (Landkreis Vorpommern-Greifswald) ermittelt die Wasserschutzpolizei. Am Samstagvormittag hatte ein Lotse einen etwa 100 Meter langen Film einer mutmaßlich ölhaltigen Flüssigkeit auf der Wasseroberfläche bemerkt, wie die Polizei am Abend mitteilte.

Die Wasserschutzpolizei stellte daraufhin einen etwa 20 Quadratmeter großen grauen Schleier auf dem Wasser fest, der sich immer weiter verflüchtigte. Die hinzugezogene Werksfeuerwehr der Energiewerke Nord schätzte die Flüssigkeit als „nicht bekämpfungswürdig“ ein, wie die Polizei mitteilte. Die Ermittlungen dauern an.



📰 Berliner Zeitung | 19.05.2023 | S. 14

📄 Auflage: 82.579 | Reichweite: 277.533

## „Das kostet uns neun Milliarden Euro“

### EnBW-Kernkraft-Chef Jörg Michels über den Restbetrieb und den Abbau der AKW sowie die Verpackung des Atommülls

Der Energieversorger EnBW hat fünf Atomkraftwerke jahrzehntelang betrieben und schließlich abgeschaltet. Der Chef der EnBW-Kernkraft, Jörg Michels, über seine Verantwortung, wie ein Atomkraftwerk zerlegt wird und die Frage, warum er den Rückbau jetzt richtig findet.

#### **Herr Michels, am 15. April sind die letzten Reaktoren vom Netz gegangen, darunter auch eine Anlage der EnBW. Sind Sie jetzt arbeitslos?**

Nein, der Rückbau der Kernkraftwerke ist ein umfangreicher und langwieriger Prozess. Allein schon der Erhalt der Genehmigung für den Rückbau dauert seine Zeit. Wir als Betreiber brauchen circa ein bis zwei Jahre, um die Antragsunterlagen für die nötigen Genehmigungen zu erstellen. Daran schließen sich dann drei bis vier Jahre Begutachtung, Prüfung und Bewertung durch die zuständige Aufsichtsbehörde an.

#### **Warum ist das so kompliziert?**

Die Anforderungen an den Rückbau sind praktisch genauso hoch wie an den früheren Betrieb der Anlagen. Dabei ist das Genehmigungsverfahren eine Art Fundament. Erst wenn die Genehmigung vorliegt, darf mit dem Rückbau angefangen werden. Und bevor ein einzelner Abbauschritt konkret begonnen werden darf, muss er nochmals detailliert beschrieben werden – die gesamte Vorgehensweise, die verwendeten Werkzeuge und der weitere Umgang mit den abgebauten Materialien. Das Ganze wird von der Behörde und von unabhängigen Gutachtern überprüft. Das ist der Standard während des gesamten Rückbaus. Und der dauert circa zehn bis 15 Jahre pro Anlage.

#### **Wie viele Reaktoren müssen Sie denn jetzt zerlegen und entsorgen?**

Wir als EnBW bauen fünf Blöcke an drei Standorten ab: in Philippsburg, Obrigheim und Neckarwestheim. Obrigheim ist bereits seit 2005 abgeschaltet und be-

findet sich seit 2008 im Rückbau. Zwei Blöcke in Philippsburg und Neckarwestheim sind infolge von Fukushima 2011 endgültig abgeschaltet worden und befinden sich seit 2017 im Rückbau. Bei der zweiten Anlage in Philippsburg war vom Atomgesetz die Abschaltung zum 31. Dezember 2019 vorgesehen. Diese Anlage befindet sich seit 2020 im Rückbau. Und in Neckarwestheim wäre eigentlich geplant gewesen, den zweiten Block zum 31. Dezember 2022 abzuschalten, so wie es das Gesetz vorgesehen hatte. Nach längerer Diskussion haben Bundesregierung und Parlament dann Ende 2022 entschieden, dass die Anlage längstens zum 15. April diesen Jahres betrieben werden darf. An diesem Tag haben wir den Block dann endgültig abgeschaltet und sind jetzt in den Vorbereitungen, um zeitnah mit dem Rückbau der Anlage zu beginnen.

#### **Hat man es gespürt im deutschen Stromnetz, als Sie mit dem letzten AKW vom Netz gegangen sind?**

Der Zeitpunkt der Abschaltung war ja vorher bekannt, sodass anderweitig Erzeugungskapazitäten hochgefahren werden konnten. Insgesamt war die Netzstabilität damit gewährleistet.

#### **Müssen sich Menschen in Ostdeutschland überhaupt dafür interessieren, wenn Atomkraftwerke im Südwesten der Republik abgeschaltet werden?**

Die Abschaltung und auch der Rückbau der Kernkraftwerke ist ein Bestandteil der Energiewende in Deutschland. Es liegt im übergeordneten Interesse, die friedliche Nutzung der Kernkraft in Deutschland verantwortungsbewusst und vollständig zu Ende zu bringen. Dazu gehört eben auch der Rückbau dieser Anlagen.

#### **Wie geht es denn jetzt mit der frisch abgeschalteten Anlage in Neckarwestheim weiter?**

Wir haben den Rückbau dieser Anlage schon 2016 beantragt, sodass das Genehmigungsverfahren parallel zu den letzten Jahren des Leistungsbetriebs laufen konnte. Die Genehmigung haben wir Anfang April – also schon vor der endgültigen Abschaltung – erhalten. Deshalb können wir jetzt direkt in den Rückbau gehen.

### **Was geschieht dort konkret?**

Schon wenige Tage nach der Abschaltung haben wir den Reaktordruckbehälter geöffnet und die 193 Brennelemente in das direkt daneben liegende Brennelemente-Lagerbecken gebracht. Damit sind jetzt keine Brennelemente mehr im Reaktordruckbehälter. Sie klingen in dem Becken für circa drei bis vier Jahre ab. Anschließend werden sie in Castor-Behälter verpackt und in das Zwischenlager gebracht.

### **Was passiert mit dem Reaktor?**

Der Druckbehälter wurde wieder verschlossen. Der Behälter ist Teil eines Kreislaufs mit großen Rohrleitungen, aus dem wir nun zunächst einen Großteil der radioaktiven Partikel entfernen werden. Diese Arbeiten hätten wir eigentlich bereits Anfang des Jahres durchgeführt. Das war schon seit vielen Jahren so geplant und vorbereitet. Durch den Weiterbetrieb der Anlage verzögert sich das jetzt. Wir gehen davon aus, dass wir diese sogenannte Primärkreis-Dekontamination nun voraussichtlich im Sommer durchführen können.

### **Wie geht es danach weiter?**

Die Systeme werden nach und nach stillgelegt und außer Betrieb genommen. Eine erste größere Baustelle wird die Zerlegung der Einbauten des Reaktordruckbehälters sein. Damit werden wir wahrscheinlich im nächsten Jahr starten. Anschließend können der Reaktordruckbehälter und die anderen Komponenten der Anlage zerlegt werden – das wird einige Jahre dauern. Der letzte Schritt ist, dass Böden, Wände und Decken noch mal ausgemessen werden, um sicher zu gehen, dass keine Kontamination vorliegt. Erst wenn das alles durchgeführt ist, kann die Anlage aus dem Atomgesetz entlassen werden.

### **Anschließend werden die Gebäude alle abgerissen?**

Es ist sowohl ein Abbruch möglich als auch eine Nachnutzung. Teilweise sind es ja reine Bürogebäude.

### **Bleibt der hochradioaktive und auch der schwach- und mittelradioaktive Abfall in den Zwischenlagern an den Kraftwerken liegen?**

In Philippsburg und Neckarwestheim gibt es jeweils ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente. An diesen beiden Standorten sowie in Obrigheim gibt es außerdem Lagergebäude für die schwach- und mittelaktiven Abfälle. All diese Läger sind inzwischen allerdings nicht mehr unser Eigentum, sondern sie werden von der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung betrieben.

### **Im Zwischenlager bleiben die Brennelemente 60 Jahre lang, bis das Endlager fertig ist?**

Seit einer Gesetzesänderung vor ein paar Jahren sind wir für die Zwischenlagerung nicht mehr zuständig. Unsere Aufgabe ist es, die Kraftwerke abzubauen. Außerdem verpacken wir die radioaktiven Abfälle in die dafür vorgesehenen Behälter und übergeben sie an die Gesellschaft für Zwischenlagerung. Übrigens ist ein Großteil des Abbaumaterials nicht kontaminiert und muss von uns wieder in den Wertstoffkreislauf gebracht werden.

### **Bezahlt EnBW den Rückbau der Kraftwerke und die Verpackung des Atommülls und der Staat die Entsorgung der Abfälle?**

2017 wurden die Verantwortlichkeiten bei der kerntechnischen Entsorgung neu aufgeteilt. Damals wurde entschieden, dass die Betreiber verantwortlich sind für den Betrieb, den Restbetrieb, die Stilllegung, den Abbau und die fachgerechte Konditionierung und Verpackung von Abfällen. Sie müssen auch die Übergabe an den Bund organisieren. Der Bund ist verantwortlich für die Zwischen- und die Endlagerung. Das erstreckt sich auch aufs Finanzielle. Wir Betreiber haben damals in Summe rund 24 Milliarden Euro in einen Fonds des Bundes bezahlt. Aus diesem Fonds werden die Zwischen- und die Endlagerung finanziert. Restbetrieb, Abbau, Reststoffbearbeitung, Konditionierung und Verpackung muss insgesamt von uns als Betreiber finanziert werden.

### **Was kostet das EnBW?**

Für unsere fünf Kernkraftwerke sprechen wir über Gesamtkosten von rund neun Milliarden Euro.

### **Werden Sie in Neckarwestheim etwas anders machen als bei Ihren anderen Anlagen?**

Wir haben sehr viel gelernt aus den Erfahrungen mit unserer Pilotanlage in Obrigheim. Dort wurde ja bereits 2008 mit dem Rückbau begonnen. So hat es in Obrigheim beispielsweise neun Jahre gedauert, bis alle Großkomponenten abgebaut waren. Bei Block I in Neckarwestheim haben wir den gleichen Zustand bereits nach weniger als fünf Jahren erreicht.

**Warum geht es jetzt so viel schneller?**

Die Abwicklung wird effizienter. Man lernt aus den bereits durchgeführten Projekten.

**Wie haben Sie die Debatte über den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke in Deutschland wahrgenommen?**

Wir bekennen uns klar zum Atomausstieg und zur Energiewende. Das haben wir schon 2011 zur Grundlage unseres Handelns gemacht und seitdem auch konsequent in Vorbereitung und Durchführung des Abbaus unserer Anlagen übertragen. Dazu stehen wir auch weiterhin.

**Wäre es überhaupt technisch möglich, den Entschluss zum Rückbau jetzt noch mal zurückzunehmen?**

Wir stehen ganz klar zu der Entscheidung. Unsere gesamte Planung war auf eine endgültige Abschaltung zum 31. Dezember letzten Jahres ausgerichtet. Wir hätten für einen Weiterbetrieb jetzt keine Brennelemente mehr. Wir werden im Laufe des Jahres auch einiges an Personal durch den Beginn von Altersteilzeit oder Ruhestand verlieren. Rein faktisch wird mit der Inanspruchnahme der Genehmigung und dem Beginn des Rückbaus einer Wiederaufnahme des Betriebs die Grundlage entzogen. Denn für eine Wiederaufnahme des Betriebs müssten wir dann eine neue Betriebsgenehmigung beantragen. Das wäre ein sehr umfassender genehmigungsrechtlicher Vorgang. Wenn man eine Diskussion über einen möglichen Weiterbetrieb hätte führen wollen, dann hätte man die schon im letzten Jahr führen müssen. Jetzt ist dieser Punkt vorbei.

Interview: Julia Haak

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 19.05.2023 | S. 1

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Andreas Meyer und Marco Schwarz

## ENTSCHEIDUNG AM MITTWOCHABEND GEFALLEN

# Berlin schreibt Mukran ins LNG-Gesetz: MV will dafür eine Wasserstoff-Fabrik

## Kabinett gibt grünes Licht für Habecks Flüssiggaspläne / Schwerin legt erste Forderungen vor / Unmut auf Rügen

Berlin lässt sich von den Protesten auf Rügen nicht beeindruckt: Das Bundeskabinett hat am Mittwoch den Entwurf für das geänderte LNG-Beschleunigungsgesetz gebilligt - und damit auch den Standort Mukran auf der Insel Rügen sowie eine Pipeline durch Ostsee und Bodden nach Lubmin. „In enger Abstimmung mit der Landesregierung“, betont Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Stimmen Bundestag und Bundesrat der Novelle zu, soll es zügig ins Genehmigungsverfahren gehen.

„Die Gespräche mit Schwerin laufen aber weiter“, betont eine Sprecherin von Habeck. Am Dienstag hatte die Schweriner Landesregierung noch gebeten, die Aufnahme Mukrans in das LNG-Beschleunigungsgesetz nicht zu überstürzen. In einem gemeinsamen Statement hatten Landesumweltminister Till Backhaus und Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) erklärt: „Für die Akzeptanz vor Ort ist entscheidend, dass man sich ausreichend Zeit für Gespräche und Erörterung der Pläne mit den Beteiligten nimmt.“ Jetzt kündigen sie an, „zeitnah“ einen Katalog mit Forderungen an den Bund zu erarbeiten.

Gegenüber der OZ wird Umweltminister Backhaus konkreter: „Wir wollen, dass aus dem LNG-Standort Mukran so schnell wie möglich ein Wasserstoffstandort wird.“ Das deckt sich mit dem Gesetzesentwurf aus Habecks Ministerium: Das LNG-Terminal soll für nur „zehn Prozent der Kosten der Errichtung“ bis spätestens 2044 für den Wasserstoffimport umgerüstet werden müssen. MV will aber mehr. Backhaus: „Wir wollen Wertschöpfung und Jobs für Rügen - durch eine eigene Wasserstoffproduktion auf der Insel.“

Und: Vorpommern-Rügen soll mehr Geld aus Berlin erhalten. Rostock und Vorpommern-Greifswald bekommen bereits höhere Fördersätze aus einem Topf

zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Der Bund „belohnt“ unter anderem Lubmins Rolle bei der bisherigen Gasversorgung. „Wir wollen für Vorpommern-Rügen den gleichen Sonderstatus, für Investitionen in die touristische Infrastruktur“, so Backhaus.

Mit dem geänderten Gesetzentwurf taucht Rügen erstmals offiziell in den Planungen des Bundes auf. Mukran ersetzt darin den LNG-Standort Hamburg-Moorburg, der ersatzlos gestrichen wird. Auch der Seehafen Rostock ist als LNG-Standort endgültig vom Tisch. In dem Entwurf klingt schon an, dass Berlin bereit ist, einen Teil der Forderungen aus Schwerin zu erfüllen. Alternativen gebe es nicht: „Eine Genehmigung und Realisierung der FSRU im Raum des Hafengebiets von Mukran ist unbedingt erforderlich, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten.“

Auf der Insel Rügen löste der Regierungsbeschluss Unverständnis und Empörung aus. „Die Bundesregierung stellt erneut ihr rigides und demokratieschädigendes Vorgehen unter Beweis. Sie schafft erneut klammheimlich Fakten an den Bürgern vorbei“, heißt es in einer vom Binzer Bürgermeister Karsten Schneider und Tourismuskurator Kai Gardeja getragenen Mitteilung. „Ich bin ein bisschen entsetzt, dass man sich erst kürzlich zusammensetzt, sich verspricht, besser miteinander zu kommunizieren und dann eine derartige Entscheidung im Umlaufverfahren trifft“, sagt Marvin Müller (SPD), Gemeindevertreter von Binz, Juso-Vorsitzender von MV und Initiator einer Petition gegen das LNG-Terminal. Schneider und Gardeja kündigen in dem Schreiben erneut an, mit allen rechtlichen Mitteln gegen den Bau des LNG-Terminals auf Rügen vorgehen zu wollen: „Denn der Wille der Einwohner von Rügen wird komplett ignoriert.“

## Von Rügen zur Paulskirche

Wenn das Wort von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) in Berlin noch Gewicht hätte, könnte Bundeswirtschaftsminister **Robert Habeck** (Grüne) seine Flüssigerdgas-Terminal-Pläne für Rügen gleich im Greifswalder Bodden versenken. Schließlich kennt **Schwesig** sich aus mit den Energiemengen, die Deutschland nötig hat, vor allem wenn es ums Erdgas geht. Nur weil Frau **Schwesig** den deutschen Bedarf an russischem Erdgas genau kalkuliert hatte, wurde ja auch die Pipeline Nord Stream 2 quer durch die Ostsee und den Greifswalder Bodden gebaut. Da hat sie sich nicht beirren lassen, schon gar nicht von Amerikanern oder gar den Grünen.

Inzwischen aber ist alles anders und das Wort der einstigen Nebenaußenwirtschaftspolitikerin wiegt offenbar in Berlin kaum mehr als ein paar Gramm. Dabei würde sie wahrscheinlich den Rügänern nur allzu gern zur Seite stehen beziehungsweise sich an ihre Spitze stellen und denen da in Berlin sagen: So viel Flüssigerdgas (LNG) wie ihr hier in Mukran auf laut brummenden Schiffen anlanden und nach Lubmin weiterleiten wollt, das braucht ihr nie im Leben! Das tut Frau **Schwesig** aber nicht. Weil sowieso niemand mehr auf sie hört? Nun hat sie Anfang der Woche ihren Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** und ihren Klimaschutzminister **Till Backhaus** vorgeschickt, um **Habecks** LNG-Eifer zumindest etwas auszubremsen. Das hat aber auch nicht funktioniert. Das lag bei Backhaus

möglicherweise auch daran, dass sein Eifer nicht mehr so feurig ist wie früher. Nach knapp 25 Jahren als Minister freut er sich insgeheim wohl schon auf den Ruhestand und ein Ehrenamt als Vorsitzender einer Klimaschutzstiftung. Zumindest in dieser Hinsicht könnte Frau **Schwesig** noch ein gutes Wort einlegen, da hat Berlin ja kein Mitspracherecht.

Nun müssen die LNG-kritischen Frauen und Männer auf Rügen also sehen, ob und wie sie ohne **Schwesigs** Fürsprache die Berliner Pläne stoppen. Mögen sie Parlamente, Petitionen und Presse dafür einspannen, sofern sie dort Mehrheiten beziehungsweise Unterstützung finden. Aus rein prinzipiellen Gründen würden wahrscheinlich **Heinrich Böcker, August Drechsler, Friedrich Grenzken, Eduard Haupt, Johann Friedrich Kierulff, Johann Mann, Johann Pogge, Ludwig Reinhard, Albert Sprengel, Gustav von Hagenow, Georg Beseler, Carl Freese, Conrad Matthies, Johann Ernst Nitze und August Wiebker** die Rügäner unterstützen – wenn sie denn noch leben würden. Sie waren aus Mecklenburg und dem heutigen Vorpommern stammende Abgeordnete der Nationalversammlung, die vor genau 175 Jahren am 18. Mai in Frankfurt am Main zusammentrat, um erstmals in deutschen Landen über politische Rechte zu debattieren und sie einzufordern. Es waren nur erste Schritte, aber manches wirkt bis heute nach in Parlamenten, Petitionen und freier Presse. Happy Birthday, Frankfurter Paulskirche!

DER SPIEGEL | 20.05.2023 | S. 22

Auflage: 707.924 | Reichweite: 4.561.000

Jean-Pierre Ziegler

## NORD STREAM 2

### PR-Meeting belastet Schwesig

*Kai Diekmanns Agentur sollte das Image der umstrittenen Klimastiftung aufhübschen.*

Eine Videokonferenz mit der PR-Agentur Storymachine belastet nach SPIEGEL-Informationen die SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in der Affäre um das Pipelineprojekt Nord Stream 2. Kurz nach Gründung der umstrittenen »Stiftung Klima und Umweltschutz MV« sollte das Unternehmen von Ex-»Bild«-Chefredakteur Kai Diekmann für eine »positive Wahrnehmung« der Stiftung in den sozialen Medien sorgen.

Am 17. Januar 2021 traf die Regierungschefin aus Mecklenburg-Vorpommern den ehemaligen »Bild«-Chefredakteur zu einer Videokonferenz. Anwesend waren zudem der damalige Landesenergieminister Christian Pegel, der damalige Chef der Staatskanzlei Heiko Geue und Stiftungsvorstand Erwin Sellering. Die Initiative sei von der Landesregierung ausgegangen, teilte Sellering auf SPIEGEL-Anfrage mit.

Von dort sei auch die »Anregung« gekommen, Diekmanns Firma Storymachine zu beauftragen. Diese direkte Einmischung ist heikel, da die Landesregierung stets die Eigenständigkeit der Stiftung betont hatte. Nach der Onlinekonferenz mit Diekmann habe sich der Vorstand dann laut Sellering gegen eine Zusammenarbeit entschieden. Andreas Timm, Sprecher von Manuela Schwesig, erklärte, die Stiftung habe ihre Entscheidung selbst getroffen; man habe sich nicht in das »operative Geschäft« eingeschaltet.

Die Klimastiftung, ausgestattet mit 20 Millionen Euro aus Moskau, sollte offiziell dem Umweltschutz dienen, wurde aber vor allem erdacht, um US-Sanktionen beim Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2 zu umgehen. Ein Schweriner Untersuchungsausschuss durchleuchtet derzeit die Stiftung.

## Märchenstunde in Schwerin

### Interne Dokumente belasten die Regierung von Manuela Schwesig. Sie sieht sich dem schweren Vorwurf ausgesetzt, das Parlament vorsätzlich getäuscht zu haben

Am 28. März 2022 verständigte sich die Regierung von Manuela Schwesig (SPD) auf einen Tabubruch. So sieht das die Opposition, die behauptet, den Abgeordneten seien damals wider besseres Wissen Informationen vorenthalten worden. WELT AM SONNTAG hat den Fall rekonstruiert. An jenem Montag wurden E-Mails hin und her geschickt, zweieinhalb Stunden lang. Regie führte ein Spitzenbeamter in der Staatskanzlei, beteiligt waren das Wirtschafts- und Innenressort. Ein Minister segnete das Vorgehen schließlich ab - zwei Tage später lag die Drucksache 8/379 vor.

Bei ihr handelt es sich um die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen. Thema: Welche Informationen hatte die Landesregierung zu fragwürdigen Vorgängen bei der Klimastiftung, die die Pipeline Nord Stream 2 vollenden sollte? Manche Fragen waren sehr detailliert, etwa die zur Firma Rokai, die mit Abstand der wichtigste Partner der Klimastiftung war. Was man da wisse? Gar nichts, teilte die Regierung mit. Doch entspricht das der Wahrheit?

Die Anfänge der Affäre reichen zurück bis in den November des Jahres 2020. Damals wollte Schwesig die geplante Stiftung im Eiltempo durch den Landtag bringen. Das klappte nicht, erst Anfang Januar 2021 wurde dem Parlament das Projekt vorgestellt. Doch bereits zwei Tage vor der ursprünglich vorgesehenen Abstimmung waren Weichen gestellt worden. Zwei Unternehmer hatten Kontakt mit der Hansestadt Rostock aufgenommen, um im Hafen der Kommune eine riesige Fläche zu pachten. Das Areal wurde als logistische Basis für den Pipelinebau benötigt. Die Namen der beiden Geschäftsleute: Christian Cammin und Peter Cipra. Das Duo kündigte an, eigens für das Projekt die Rokai gründen zu wollen. Im März 2021 wurde die Gesellschaft ins Handelsregister eingetragen, bald darauf sollte sie von der Stiftung Aufträge im Gesamtwert von 36 Millionen Euro erhalten. Damit war Rokai der größte Nutznießer der Stiftung.

Bevor es die Firma überhaupt gab, wurden schon Po-

litiker um Unterstützung gebeten. Weil der Versuch, im Rostocker Hafen eine Fläche zu pachten, zunächst stockte, schrieb Cammin zwei Tage vor Weihnachten 2020 eine E-Mail an einen Bundestagsabgeordneten. Er wolle "nicht verheimlichen, dass dieses Vorhaben eine politische Komponente hat", heißt es darin. Schwerin, so Cammin, sei im Bilde: "Die Ministerpräsidentin und der Energieminister MV stehen zu diesem Projekt und sind informiert über unser Vorhaben." Diese Aussage steht in eklatantem Widerspruch zur Darstellung der Regierung.

Damit nicht genug. Zehn Monate später erreichte ein erneuter Hilferuf die Politik. Nun war es der Cammin-Kompagnon Cipra, der versuchte, einen SPD-Landtagsabgeordneten für seine Zwecke einzuspannen. Cipra verwies auf ein Gespräch mit der Ministerpräsidentin. Mit ihr habe er sich im August 2021 auf einem Wirtschaftsempfang der SPD über Rokai unterhalten. Sie habe ihn "explizit danach gefragt, ob Nord Stream 2 auch allen Zahlungen nachkommt". Der SPD-Abgeordnete leitete das Schreiben am 28. Oktober 2021 an den Chef von Schwesigs Staatskanzlei weiter. Dokumentiert ist das in Akten, die dem Untersuchungsausschuss jetzt zugänglich gemacht werden mussten. Die Regierung behauptet, sie habe Cipras Schreiben im März 2022 bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage nicht im Archiv entdeckt. Zur E-Mail von Cammin an den Bundestagsabgeordneten könne man nichts sagen, weil sie nicht vorliege. Allerdings war die Regierung sogar im Besitz einer Präsentation der Rokai, wie aus Unterlagen des Ausschusses hervorgeht. Das fünfseitige Konzept war schon im Dezember 2020 erstellt worden. Es ist in der Antwort ebenfalls nicht erwähnt worden. Alles nur Schludrigkeit? Nein, sagt die Opposition. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Sebastian Ehlers, teilte WELT AM SONNTAG mit: "Schwesig ist offenbar jederzeit gut über das teilweise bizarre Geschäftsgebaren der Stiftung sowie die Arbeit der wesentlichen Dienstleister informiert gewesen." Die Geschichte von einer Stiftung, die politikfern operiert habe, könne nicht stim-

men.

Am stärksten belastet die Regierung eine Absprache, die bei der Beantwortung der Anfrage getroffen worden war. In einem Entwurf bezüglich der Kenntnisse des früheren Energie- und heutigen Innenministers Christian Pegel über (mögliche) Tätigkeiten der Firma Rokai hieß es, er sei "lediglich" informiert worden.

Verhandlungen habe er nicht beigewohnt. Die Staatskanzlei fand, dass diese Aussage noch mehr Fragen aufwirft. Das Wirtschaftsressort schlug daraufhin vor, "dass der Passus gestrichen wird". So kam es auch, das Kommando dazu gab das Innenministerium: "Ja, Minister Pegel sieht das genauso, wir lassen den Passus bitte weg."